

# Aus diffusen Ängsten erwachsen

**NACHGEFRAGT bei Katharina König, LINKE Landtagsabgeordnete mit dem Themenschwerpunkt Antifaschismus**

**Große Erleichterung, als schon die erste Hochrechnung am Wahlabend die NPD weit abgeschlagen sah. Die neonazistische Partei landete schließlich bei 3,6 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen. Das waren 0,7 Prozentpunkte weniger als bei der Landtagswahl vor fünf Jahren. Gibt es also Grund zur Entwarnung?**

Nein, das kann man so nicht sagen. Das ist regional und örtlich sehr unterschiedlich. Im Kyffhäuserkreis kam die Neonazi-Partei auf 7,2 Prozent der abgegebenen Stimmen, in der Stadt Eisenach auf 6,0 Prozent, im Kreis Sömmerda auf 5,7 Prozent. Wo es der NPD gelang, Strukturen aufzubauen und sich personell zu verankern, oder wo sie an rassistische Ressentiments anknüpft, dort hat sie auch entsprechende Ergebnisse. Zu erinnern ist auch daran, dass erst bei der Kommunalwahl vor wenigen Monaten 50 der neonazistischen Szene zuzurechnende Personen als Mandatsträger für die NPD bzw. das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ in Thüringer Kommunalparlamente eingezogen sind.

**Welche Entwicklungen sind jetzt abzusehen?**

Es stellt sich die Frage, ob es zu einer Radikalisierung der NPD kommen wird, indem sie noch enger mit den sogenannten Freien Netzen und neonazistischen Kameradschaften agiert oder ob sie sich stärker angepasst und bürgerlich gibt. Ich denke, dass es auf eine weitere Radikalisierung hinausläuft, denn mittelfristig hat die NPD wahrscheinlich keine Chance, in

Landesparlamente einzuziehen, und also keinen Grund, sich zurückzuhalten. Was Angriffe aus vermutlich rechter Richtung anbelangt, da war es schon heftig, was wir als LINKE Landtagsabgeordnete und Landtagskandidaten in den letzten Wochen erlebt haben. Zerstoche Autoreifen zum Beispiel oder Manipulationen an Autorädern – das sind nicht nur Sachbeschädigungen, da geht es an Personen. Das hat eine neue Qualität. Und ich befürchte, dass sich das fortsetzt. Bei Patrick Wieschke, dem NPD-Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten, gehe ich davon aus, dass er abgesägt wird – einerseits wegen der Veröffentlichungen eines antifaschistischen Rechercheportals zu seiner Vergangenheit – den Über-



griffen auf seine Familie und auf eine Minderjährige – und weil er natürlich verantwortlich gemacht wird für das Wahlergebnis. An der Nachfolge wird sich einiges ablesen lassen, vor allem wenn es Thorsten Heise wird, ein mi-

litanter Neonazi mit Kontakten zum NSU-Unterstützermilieu.

**Alle sind erschrocken über das hohe Wahlergebnis für die AfD....**

10,6 Prozent – das ist einerseits erschreckend, aber andererseits war es leider auch erwartbar. In anderen europäischen Ländern sind rechtspopulistische Parteien schon seit längerem mit zweistelligen Ergebnissen in den Parlamenten. Ausgehend von den Ergebnissen des Thüringer Monitors, der die politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger festhält, war es wohl nur eine Frage der Zeit. Ca. 50 Prozent der Thüringer Befragten stimmten laut Thüringer Monitor der Aussage zu, dass Deutschland gefährlich überfremdet sei. Dass der Nationalsozialismus auch gute

Seiten hatte, fand jeder Fünfte. Wir erleben einen Rassismus der Mitte, der aus diffusen Ängsten erwächst, und wir haben nunmehr die Konsequenz dessen, was sich seit Jahren abzeichnet und wogegen leider kaum etwas getan wurde. So gesehen hat die AfD auch die Zeichen der Zeit genutzt.

**Mal genauer hingesehen, was steckt dahinter?**

Ich verweise nur auf die Präambel des Wahlprogramms der Alternative für Deutschland in Thüringen zur Landtagswahl, wo es heißt: „Einem

„Europa der Vaterländer“ gehört unser Herz.“ Ralf Wohlleben, der als mutmaßlicher NSU-Unterstützer in München vor Gericht steht, hatte das neonazistische „Fest der Völker“ unter dem Motto „Für ein Europa der Vaterländer“ in Thüringen etabliert. Die theoretische Grundlage ist der Ethnopluralismus, wonach jeder Staat seine kulturelle Volksidentität hat und es keine Vermischung geben dürfe. Die AfD dockt in ihrer Präambel an dieses Konzept an. In der Beurteilung dieser Partei sollte nicht allein im Vordergrund stehen, ob es Verbindungen zu Nazis gibt, es geht vor allem um die vertretenen Inhalte. Man muss sich das Wahlprogramm genau ansehen, analysieren und entlarven, und beim Spitzenkandidaten Björn Höcke sollte man genau hinhören. Da brauch ich keine Verbindungen mehr zur extrem rechten Szene zu suchen, das sind reaktionäre, rechtspopulistische aber auch menschenfeindliche Einstellungen in Reinform.

**Und wie nun damit umgehen?**

Das ist eine Herausforderung für alle, und es ist nicht so einfach, wie mit der NPD. Schon der Begriff Rechtspopulismus ist für viele nicht greifbar. Da müssen wir ran: Politik und Zivilgesellschaft – nicht nur in Ostdeutschland – sind gefordert. Wir müssen uns auf eine lange Auseinandersetzung einstellen, und wir müssen vor allem versuchen zu verhindern, dass die AfD sich im parlamentarischen System etabliert.

Für das Interview dankt Annette Rudolph. Foto: Katharina König am Wahlabend im Landtag beim MDR. ■

## Thüringer Gebräu: Absetzbewegung am rechten Rand von CDU und FDP?

**Die Nachricht ging kurz vor der Landtagswahl fast unter. Am 9. September meldete die Thüringer Allgemeine (TA):** „Althaus' letzter Staatssekretär verlässt CDU“. Dabei hat diese Information das Potential, etwas Licht ins Gerangel am rechten Rand der CDU (und der FDP) sowie im Bereich rechts davon zu bringen. Gemeint war nämlich Hermann Binkert, immerhin seit 1980 CDU-Mitglied und in deren Umfeld hoch aufgestiegen. Binkert, 1964 in Südbaden geboren, gehörte zu der konservativ-katholischen Seilschaft in der CDU Thüringen, die dort bis 2009 die Strippen zog. Der Jurist arbeitete zunächst von 1991 bis 1994 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der CDU-Bundestagsabgeordneten Claudia Nolte.

Sie wurde Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Binkert folgte ihr 1995 in den Leitungsbereich des Ministeriums. Er wechselte Ende 1998 in die Thüringer Staatskanzlei (Nolte gehörte der Bundesregierung da nicht mehr an, sie leitet heute als Claudia Crawford das Auslandsbüro der CDU-nahen Adenauer-Stiftung in London). Dort arbeitete Binkert als Grundsatzreferent und

persönlicher Referent für die Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und Dieter Althaus. Für letzteren leitete er dann ab 2006 die Projektgruppe „Solidarisches Bürgergeld“ der CDU-Landesregierung. Von Juni 2008 bis November 2009 war er Staatssekretär in der Thüringer Staatskanzlei und Bevollmächtigter des Freistaates Thüringen beim Bund. Mit der dramatischen Niederlage der CDU und ihres Spitzenkandidaten Althaus bei der Landtagswahl 2009 war auch für dessen engstes Umfeld zunächst Karriereende im Landesdienst. Binkert machte sich daraufhin sozusagen mit dem Bürgergeld selbständig. Und zwar in der Erfurter Arndtstraße. Dort hat ein „Institut für neue soziale Antworten“ (INSA) seinen Sitz, dem Binkert vorsteht und dessen Hauptthema laut Eigendarstellung eben jenes „Solidarische Bürgergeld“ ist. Da man davon aber anscheinend nicht leben kann, kommt ein Unternehmen ins Spiel.

Binkert betreibt „ein Meinungsforschungsinstitut“, heißt es im eingangs zitierten TA-Beitrag. Es trägt den Namen INSA-CONSULERE GmbH. Geschäftsführer ist Binkert, seit wann, scheint nicht ganz klar zu sein: entwe-

der seit Juli 2011 (laut INSA-Homepage) oder seit dem 15. August 2011 (Homepage der INSA-CONSULERE GmbH).

Bei dieser GmbH handelt es sich um ein Unternehmen, das – so die TA – „auch die AfD berät“. Mehrfach führte es auch Umfragen für die Bild-„Zeitung“ durch. Trotz dieser Kundenbindung – es war Binkerts GmbH, die drei Tage vor der Bundestagswahl eine Umfrage veröffentlichte, die die AfD mit fünf Prozent bereits im Bundestag sah (wozu es dann doch nicht kam) – habe Binkert aber einen Wechsel in die rechtspopulistische AfD demenziert, so die TA. Viel Gutes wusste er freilich schon zwischen Februar und Mai 2014 über die AfD zu berichten, von der er in Beiträgen in der Huffington Post mehrfach als einer neuen Volkspartei regelrecht schwärmte.

Interessant ist auch eine weitere Personalie: Als „Koordinator Strategische Kommunikation“ firmiert bei INSA-CONSULERE GmbH nämlich Patrick Kurth. Er sei „in Berlin, organisiert die Kontakte zu Verbänden, Wirtschaft sowie Politik und repräsentiert dort das Unternehmen“, verrät die Homepage. Den Posten habe Kurth

seit dem 1.11.2013. Da war das Mitglied der schlagenden Burschenschaft „Germania zu Jena“ gerade mit der FDP aus dem Bundestag geflogen. Kurth, „Koordinator Strategische Kommunikation“ eines Unternehmens, das die AfD berät, ist aber immer noch Generalsekretär der FDP Thüringen und Mitglied im FDP-Bundesvorstand.

Das INSA-Institut selbst scheint inzwischen inaktiv zu sein. Zwar heißt es auf der Internetpräsentation nach wie vor, es finanziere „sich durch Spenden, Stiftungen und sonstige Erträge (wie z. B. EU-Förderprogramme)“. Der aktuellste Termin auf der Homepage ist allerdings der 4. Oktober 2012, unter „Aktuelles“ findet sich als jüngster Eintrag das Datum 15. Januar 2013. Das Geld wird ohnehin woanders verdient: „Die INSA-CONSULERE GmbH unterstützt das gemeinnützige Institut für neue soziale Antworten“, betont deren Homepage. Aufschlussreich ist aber, dass der Beirat des Instituts immer noch als seinen Vorsitzenden „Herrn Ministerpräsidenten a. D. Dieter Althaus“ anführt.

Stefan Wogawa ■